Schwarzgeld in Europa Mehr als 20 Milliarden Dollar dubioser Herkunft sind zwischen 2010 und 2014 aus Russland in die EU geflossen. Mithilfe undurchsichtiger Briefkastenfirmen in Großbritannien und mutmaßlich korrupter Richter in der Republik Moldau wurde das Geld auf legale Konten im Westen transferiert und dort zum Einkauf im großen Stil benutzt. Deutsche Unternehmen profitierten kräftig

Russische Waschmaschine

Zwielichtige Hintermänner, Scheingeschäfte und ehrbare Kaufleute - wie mutmaßliches Schwarzgeld in die Kassen deutscher Firmen kam

VON HANNES MUNZINGER

HF2

ier Zahlungen waren es. Zusammen eine sechsstellige Summe für Herren- und Damenbekleidung. Ein russischer Kunde. Eigentlich keine Besonderheit bei Bogner, der Münchner Modefirma. Die Luxus-Skihosen, Lederjacken oder Handtaschen haben ihren Preis. Da sieht man es Kunden schon mal nach, wenn sie beim Überweisen etwas schlampig sind, die Rechnungsnummer vergessen oder sogar den Namen. Trotzdem wurde die Rechnung irgendwie bearbeitet. Und da ist es dann vielleicht nicht weiter auffällig, wenn nicht der Kunde selbst bezahlt, sondern eine Firma mit Sitz in London, von einem Konto in Lettland. Die Buchhalter bei Bogner machte das jedenfalls offenbar nicht stutzig. Das Geldwäschegesetz verpflichtet nur ausgewählte Branchen zu besonderer Sorgfalt. Zum Beispiel Finanzdienstleister, Anwälte oder Juweliere. Modeunternehmen hingegen nicht. Die vier Überweisungen an Bogner, weiß man aber heute, waren offenbar russisches Schwarzgeld. Und jetzt war das Geld gewaschen und in Umlauf. Im November 2013 war das.

Im Jahr darauf deckten Journalisten des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP, siehe Kasten unten) ein gigantisches Geldwäsche-System auf, das mutmaßlich von Russland aus gesteuert wurde. Sie nannten es "The Russian Laundromat" - die russische Waschmaschine. Dem OCCRP und der russischen Tageszeitung Nowaya Gazeta wurden seither Daten zugespielt, die Einblick in die Mechanik des Geldwäsche-Systems ermöglichen. Medien aus 32 Ländern, darunter die Süddeutsche Zeitung und der britische Guardian, haben die Daten gemeinsam ausge-

Sie zeigen, dass in den Jahren 2010 bis 2014 Schwarzgeld in Höhe von mindestens 20,7 Milliarden US-Dollar aus Russland in die Europäische Union flossen. Und sie legen nahe, dass die tatsächliche Summe noch weitaus größer gewesen sein dürfte.

Wer besitzt so viel Geld, und warum muss er es ins Ausland bringen? "Offensichtlich war es entweder gestohlenes Geld oder aus krimineller Herkunft", sagt eine Direktorin der lettischen Finanzmarktaufsicht, nachdem sie vom OCCRP auf die Sache aufmerksam gemacht worden war. Die Aufklärer vermuten eine Gruppe sehr reicher Oligarchen als Hintermänner – reich auch an politischem Einfluss. Das Geld wurde immer auf dieselbe aufwendige Weise verschoben: Die Drahtzieher nutzten zwei Briefkastenfirmen in Großbritannien, die von bezahlten Scheindirektoren geleitet wurden. Dann schlossen die beiden einen Vertrag miteinander. Die eine Firma

OCCRP

Das Organized Crime and Corruption Reporting Projekt (OCCRP) ist ein Netzwerk investigativer Journalisten mit dem Fokus auf Osteuropa und Russland. Es wird unter anderem von der Open Society Foundation des amerikanischen Investors George Soros, dem US-Außen- und Entwicklungshilfeministerium sowie von Google finanziell unterstützt. Die Süddeutsche Zeitung arbeitete bei dieser Recherche mit dem Netzwerk zusammen.

gewährte der anderen einen Millionen-Kredit. Als Bürgen setzten sie einen moldauischen Strohmann ein und eine dritte Firma mit Sitz in Russland. Auf deren Konten lag das Schwarzgeld.

Doch der Kredit wurde nie ausbezahlt, es war ein klassisches Scheingeschäft. Das hinderte die Drahtzieher allerdings nicht, von der Schuldner-Firma eine Rückzahlung zu fordern. Da neben der russischen Firma auch der Moldauer bürgte, zogen sie vor ein moldauisches Gericht. Dort urteilten die Richter prompt: Die Bürgen müssten einspringen. Die Sache war nur, dass die Richter vermutlich bestochen waren und wussten, dass das Ganze ein Scheingeschäft war. Wie auch immer: Die russische Firma überwies das Schwarzgeld auf Konten der moldauischen Moldindconbank. Die richterliche Anordnung gab allem den legalen Anstrich. Gerichtsvollzieher leiteten das Geld weiter auf Konten, die die britische Briefkastenfirma bei der lettischen Trasta Komercbanka eröffnet hatte. Damit war das Geld in der EU. Nun konnte es weiterverteilt und ausgegeben werden. Auch in Deutschland.

Insgesamt 662 Fälle konnten in Deutschland nachverfolgt werden

In einem Datensatz von etwa 70000 Überweisungen konnte die Süddeutsche Zeitung 662 Fälle identifizieren, in denen das Geld von den lettischen Konten genutzt wurde, um in Deutschland Rechnungen zu bezahlen. Firmen oder Menschen aus Russland, der Ukraine oder Weißrussland kauften Produkte im Einzelhandel oder ließen sich Waren liefern. Die Bezahlung übernahmen immer die Briefkastenfirmen. 66,5 Millionen US-Dollar landeten auf diesem Weg in den Büchern deutscher Unternehmen oder bei Privatpersonen. Die Liste liest sich wie ein Luxus-Einkaufszettel: Rolex-Uhren für eine halbe Million, getunte Autos, teure Kleidung.

Bei Bogner bestreitet man nicht, das Geld erhalten zu haben. Man habe aber keinen Anlass gesehen, an der Legalität der Zahlungen zu zweifeln. Obwohl eine britische Briefkastenfirma für einen der wenigen russischen Vertragspartner bezahlte? Bogner lässt mitteilen, dass man sich reorganisiere, "um auch Transparenz und Risikosteuerung zu optimieren".

Aber Bogner war bei Weitem nicht allein. Die Geldwäscher finanzierten neben Luxusartikeln auch den Import von Maschinen- und Anlagenteilen, Lebensmitteln oder Baustoffen nach Russland. Ein deutscher Lebensmittelkonzern verschickte 15 Tonnen Blätterteig nach Moskau. Der Chemie-Riese BASF verkaufte Lacke im Wert von mehr als 1,6 Millionen Euro. Das Unternehmen teilt mit, man habe keine Verdachtsmomente gegen die Auftraggeber gehabt.

Einer der Hintermänner ist offenbar Alexeij Krapivin. Er soll die höchsten Zahlungen aus dem System erhalten haben. Mehrere Hundert Millionen Dollar. Viel ist nicht über ihn bekannt. Sein Vater war ein Berater und alter Freund Wladimir Jakunins, der lange die russischen Staatsbahnen leitete und immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt war, staatliche Aufträge in Millionenhöhe an unbekannte Unternehmen zu vergeben, die ihre wahren Eigentümer verSo funktioniert **RUSSLAND** das Geldwäsche-System Grafik: Lisa Bucher; Quelle: OCCRP $\lambda \simeq$ **∑**B**⟨** Firmen liegt Geld, das offenbar illegal erlangt wurde. Nun soll es letzt kann das Geld ausgegeben werden. Für teure Uhren und andere Luxusgüter. Aber beispielsweise Die Drahtzieher nutzen zwei Briefkastenfirmen in Großbritannien, die eine gewährt der anderen auch für Maschinenteile und Chemikalien. Die Rechnungen bezahlt immer die britische einen Kredit über viele Millionen US-Dollar. Der Briefkastenfirma von ihrem Konto in Lettland. Kredit wird aber nie ausbezahlt. MOLDAU **RUSSLAND** MOLDAU Das Schwarzgeld ist nun auf Für den Kredit zwischen den einem Konto einer britischen Briefkastenfirmen moldauischen Bank. Ein bürgen die russische Firma, Gerichtsvollzieher überweist es auf deren Konten das auf Konten, die die britische Schwarzgeld liegt, und ein Briefkastenfirma in Lettland moldauischer Staatsbürger. eröffnet hat. Damit ist es Obwohl nie Geld geflossen ist, fordert die eine scheinbar legal in der EU Briefkastenfirma eine Rückzahlung von der anderen. Weil der Moldauer für das Geschäft bürgt, klagt die eine Briefkastenfirma in der Republik Moldau. Dort entscheidet ein Richter, der mutmaßlich eingeweiht ist, dass die Schulden echt sind. Die ebenfalls bürgende russische Firma begleicht die Schulden

des russischen Staatschefs Wladimir Putin und wurde nach der russischen Annexion der Krim mit US-Sanktionen belegt.

Viele der deutschen Unternehmen, die in dem Datensatz auftauchen, sind nicht bereit, die Namen der Käufer und Geschäftspartner offenzulegen. Der Münchner Elektronikkonzern Rohde & Schwarz, Hersteller von Überwachungstechnologie für Polizei, Militär und Geheimdienste, teilte mit, man richte sich bei allen Aktivitäten nach geltenden Gesetzen und Vorgaben. Das Unternehmen soll den russischen Firmen, hinter denen die mutmaßlichen Geldwäscher stehen, Waren im Wert von mehr als 950 000 Euro verkauft haben.

Wer der Spur des Geldes quer durch Deutschland folgt, stößt aber auch auf mittelständische Familienbetriebe, viele Zwischenhändler, zum Beispiel für Industriebedarf. Am Telefon klingt ein Geschäftsführer verunsichert, er könnte viel erzähAnfragen reagiert er nicht mehr. Andere erzählen freimütig, weit mehr Zahlungen erhalten zu haben als zunächst ersichtlich. Wieder andere, unauffällige Kleinunternehmen, leisten sich teure Medienanwälte, die alle Nachfragen kategorisch abblocken. Ermittlungen deutscher Behörden zu diesen Fällen sind bislang nicht bekannt. Das Bundeskriminalamt teilte lediglich mit, man habe keine Erkenntnisse über dieses Geldwäschesystem.

dann mit ihrem Schwarzgeld.

Eine Bank ist beteiligt, in deren Direktorium ein Cousin Wladimir Putins saß

In Moldau versuchen unterdessen Ermittler des nationalen Zentrums gegen Korruption, die Betreiber der Geldwaschmaschine vor Gericht zu bringen. 14 betei-

ligte Richter haben sie bereits angeklagt.

schleierten. Jakunin gilt als enger Freund | len, werde das aber nicht tun. Auf weitere | Ihnen wird vorgeworfen, vorsätzlich rechtswidrige Urteile gefällt und an Geldwäsche mitgewirkt zu haben. Gegen vier Gerichtsvollzieher und sieben Mitarbeiter der Moldindconbank wird ebenfalls ermittelt. Über Konten dieser moldauischen Bank flossen allein fünf der 20.7 Milliarden Dollar von der Russischen Landbank (RZB). In deren Direktorium wiederum saß zu dieser Zeit ein Cousin des russischen Präsidenten: Igor Putin.

> In Moskau ist man offenbar verärgert wegen der Ermittlungen. Laut einer Erklärung des moldauischen Parlaments wurden in den vergangenen Monaten 25 moldauische Beamte, Militärangehörige, proeuropäische Politiker und sogar der Chef des nationalen Zentrums gegen Korruption an russischen Grenzen oder Flughäfen festgesetzt und stundenlang verhört. Das moldauische Parlament jedenfalls geht davon aus, dass diese Vernehmungen kein Zufall waren.

Lettisches **Abenteuer**

Deutsche Banken nahmen lange Zeit fragwürdige Überweisungen ar

Mindestens 27 deutsche Banken soller Geld verwaltet haben, das russische Geldwäscher in den Jahren 2010 bis 2014 nach Europa schleusten. Geld im Wert von 66,5 Millionen US-Dollar floss nach SZ-Recherchen auf die Konten deutscher Institute Die Überweisungen kamen stets von der moldauischen Moldindconbank oder der lettischen Trasta Komercbanka. Beide stehen im Zentrum eines als "Russian Laundromat" (Russische Waschmaschine) bekannt gewordenen Geldwäsche-Schemas

Die Commerzbank soll mit 27,4 Millionen Dollar die in Deutschland größte Summe erhalten haben; dies geht aus Dater hervor, die der Süddeutschen Zeitung vorliegen. Die Bank wollte die Vorwürfe au: Anfrage nicht kommentieren. Die sogenannte Compliance, also das Regelwerk zur Vermeidung unethischen oder illegalen Handelns, habe bei der Commerzbank einen hohen Stellenwert, teilte eine Sprecherin mit. Transaktionen würden überwacht und im Verdachtsfall den Behörder gemeldet. Verdacht aber hätte die Commerzbank schöpfen können: Allein 23 Millionen US-Dollar überwiesen dieselber fünf Briefkastenfirmen auf 63 verschiedene Konten. Die Namen der Firmen wurder bereits 2014 bekannt, als das Journalisten-Netzwerk OCCRP Ermittlungsakten veröffentlichte, in denen sie auftauchen.

Das Geschäft mit dem lettischen Institut ging weiter, trotz eines großen Steuerbetrugs

Auch der Deutschen Bank soll der Geldwäsche-Ring hohe Summen auf die Konten gespült haben, rund 24 Millionen US-Dollar. Das Unternehmen lässt mitteilen seine "Systeme in erheblichem Umfang gestärkt und Kontrollen ausgebaut zu haben". Seit 2015 habe man 1000 neue Mitar beiter in den Bereichen Compliance und "Anti-Financial-Crime" eingestellt. Abei auch ihre Geschäftsbeziehungen zu der Skandalbanken in der Republik Moldau und in Lettland werfen Fragen auf. Die Deutsche Bank war für beide als sogenannte Korrespondenzbank tätig. Korrespondenzbanken regeln für nationale Kreditinstitute beispielsweise den internationaler Zahlungsverkehr. 2013 zog sich die amerikanische Großbank JP Morgan Chase au: Druck der US-Bankenaufsicht aus dem Korrespondenzgeschäft mit lettischen Instituten zurück. Das dortige Bankensystem hatte damit auch offiziell den Ruf, eir Dorado für Geldwäscher zu sein. Die Trasta Komercbanka war schon durch der wohl größten Steuerbetrug in der russischen Geschichte, den sogenannten Magnitsky-Fall, in die Schlagzeilen geraten Für die Deutsche Bank hingegen blieb der Trasta Komercbanka treu, bis die Bank wegen "riskanter und reputationsschädigender Kreditgeschäfte" von der lettischen Finanzaufsichtsbehörde im August 2015 verwarnt wurde.

Was der Deutschen Bank zu riskant wurde, sah die Bayerische Landesbank nun womöglich als Chance. Für "einen kurzen Zeitraum Ende 2015 bis Anfang 2016" war sie mit der Trasta im Geschäft, Geld sei aber nie geflossen, betont die Bayern-LB. Warum die Bank, die zu drei Vierteln dem Freistaat Bayern gehört, zu größeren Risiker bereit war als eine Privatbank, wollte die Bayern-LB nicht kommentieren. Ende Januar 2016 verbot die lettische Aufsichtsbehörde der Trasta alle Transaktionen über 100 000 Euro. Im März 2016 entzog ihr die Europäische Zentralbank die Lizenz. Dami war auch das lettische Abenteuer der Bayern-LB beendet. HANNES MUNZINGEF